



## Die ökonomischen Aspekte der Flüchtlingswelle

Gastkommentar von Mag. Dr. Marcus Scheiblecker, WIFO

Der Autor ist stellvertretender Leiter des Wirtschaftsforschungsinstituts. Er analysiert und diagnostiziert insbesondere die österreichische und internationale Wirtschaftsentwicklung.

In der Geschichte Österreichs kam es bereits mehrmals zu regen **Zuwanderungsbewegungen**. Zur Zeit der Monarchie strömten viele Menschen aus den Kronländern in die Reichshauptstadt. Um die Jahrhundertwende war Wien eine kulturelle und wissenschaftliche Weltmetropole. Mit über zwei Millionen Einwohnern war sie die fünftgrößte Stadt der Welt. Heute erreicht die Bevölkerung Wiens nur mehr knapp 1,8 Millionen Einwohner, bei steigender Tendenz.

Auch nach Gründung der zweiten Republik kam es - teils aus wirtschaftlichen Gründen teils aufgrund politischer Auseinandersetzung in Österreichs Nachbarschaft - immer wieder zu Einwanderungswellen. So führten die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956, der „Prager Frühling“ 1968 und der Krieg in Jugoslawien 1991/1992 zu umfangreichen Migrationsströmen nach Österreich. Das Flüchtlingshilfswerk der UNO (UNHCR) schätzt, dass seit 1945 mehr als 2 Millionen Personen nach Österreich flohen, von denen knapp **700.000** auch geblieben sind. Hinzugezählt werden müssen noch die Einwanderungsschübe durch Arbeitssuchende vor und nach **Öffnung des heimischen Arbeitsmarktes** in Folge des EU-Beitritts, samt deren Familiennachzug.

Nach dem bereits in den Jahren vor 2015 eine kontinuierliche Zunahme der Anträge auf Asyl zu beobachten war, kam es ab dem Sommer zu einem **massiven Anstieg**. Die Herkunftsländer der Flüchtlinge waren diesmal primär Syrien und Afghanistan. Bis Jahresende wurden rund 95.000 Personen registriert, die um Asyl ansuchten.

Damit gehört die aktuelle Flüchtlingswelle sicherlich zu den größten seit 1945. 1956/1957 kamen rund 180.000 Menschen aus Ungarn nach Österreich, von welchen nur rund 18.000 in Österreich verblieben. 1968 waren es 162.000 Personen von denen sich zirka 12.000 in Österreich niederließen. Bisher reicht der aktuelle Flüchtlingsstrom noch nicht an diese Dimensionen heran, allerdings ist 2016 mit einem weiteren Zustrom aus diesen Ländern in einem derzeit **noch nicht abschätzbarem Ausmaß** zu rechnen. Angesichts der aktuellen Probleme um eine EU-weite Aufteilung der Personen auf unterschiedliche Länder ist damit zu rechnen, dass die Verbleiberate der Flüchtlinge **deutlich höher** ausfällt als bei den bisherigen Flüchtlingswellen.

Hierdurch wird es eine der größten Herausforderungen der kommenden Jahre für Österreichs Politik und Wirtschaft sein, diese Personen in die heimische Bevölkerung zu integrieren, da eine baldige Heimkehr oder ein Weiterzug aus heutiger Sicht eher unwahrscheinlich scheinen. Diesmal dürfte es sich allerdings schwieriger gestalten als zuvor, da diese Personen einem anderen Kulturkreis entstammen und die Sprachaneignung aufgrund eines anderen Alphabets komplizierter ist. Zwar gibt ein im Dezember 2015 vom AMS durchgeführter **Kompetenzcheck** von Asylanten im arbeitsfähigen Alter eine wenig Zuversicht, dennoch dürften die Qualifikationen des Großteils dieser Leute unter jenen zuvor Zugezogenen liegen.

Angesichts der humanitären Notlage ökonomische Kosten-Nutzen Rechnungen anzustellen mag zynisch erscheinen, zumal dies bei der Unterstützung heimischer Obdachloser ebenfalls nicht erfolgt. Dennoch hängen **wirtschaftspolitische Entscheidungen** von solchen Überlegungen ab, die solche Berechnungen erforderlich machen.

Die Unterbringung, medizinische Versorgung und Verpflegung der zugewanderten Flüchtlinge erfolgt einerseits durch **Spenden** und zum anderen Teil durch **öffentliche Mittel**. Letztere werden der heimischen Bevölkerung nicht sofort über höhere Steuereinnahmen oder geringere Ausgaben in anderen Bereichen in Rechnung gestellt, sondern vorübergehend über **Schulden** finanziert. Die in die Zukunft verschobene Steuerlast wird hierdurch allerdings kaum erhöht, da sich die Republik Österreich zur Zeit zu einem historisch niedrigen Zinssatz von 0,7% auf den internationalen Anleihemärkten verschulden kann.

Für 2016 wird von der Regierung ein durch die Flüchtlingskrise ausgelöster budgetärer Mehraufwand gegenüber 2015 von etwas über 1 Mrd. Euro veranschlagt. Diese Kosten für die heimische Bevölkerung werden jedoch durch mehrere Effekte reduziert, weshalb dies **nicht einem Verbrennen dieses Geldes** gleichgesetzt werden kann. Bei diesen Ausgaben handelt es sich um Nahrungsmittel, Getränke, Wohndienstleistungen, Verkehr- und Telekommunikationsdienstleistungen, medizinische Versorgung und Unterrichtsdienstleistungen, von denen die meisten mit einer **Mehrwertsteuerpflicht** belegt sind, weshalb **rund 10%** hiervon sofort wieder zurück in den Staatshaushalt fließen.

Ohne diese Zusatzausgaben hätte dieses Geld für eine weitere Senkung der Steuern verwendet werden können. Hiervon wäre allerdings ein Großteil für aus dem Ausland importierte Konsumgüter (Autos, TV, Mobiltelefone, ...) und Dienstleistungen (Auslandsurlaube) ausgegeben worden. Dieser **Konsum erhöht zwar die Wohlfahrt** der heimischen Bevölkerung, kommt aber **nur in geringerem Ausmaß** der heimischen Wirtschaft zu Gute als die Ausgaben für Flüchtlinge. Die durch die Flüchtlinge konsumierten Güter und Dienstleistungen besitzen dem gegenüber einen höheren inländischen **Wertschöpfungsanteil** und erfordern kaum Vorleistungen aus dem Ausland. Hierdurch wird die heimische Produktion angeregt, wodurch entweder die Gewinne der Unternehmen und/oder die Löhne und Gehälter steigen. Die Erhöhung der Gewinn- oder Arbeitseinkommen führt in der Folge zu vermehrten Steuereinnahmen, welche die Kosten weiter reduzieren.

Berechnungen zeigen, dass **das Wirtschaftswachstum** aufgrund der zu tätigen

Staatsausgaben heuer um rund 0,3 Prozentpunkte höher ausfallen wird. Der Internationale Währungsfonds rechnet in seiner jüngsten Prognose mit einem zusätzlichen Anstieg des Wachstums von insgesamt 0,5 Prozentpunkten über die kommenden Jahre. Produziert werden diese Güter zur Gänze von der angestammten Bevölkerung denen auch die Einkommen hieraus zufließen. Diese müssen sie jedoch in den Folgeperiode zur Schuldentilgung einsetzen.

Zweifelsohne wird schlussendlich der **Kostenfaktor überwiegen**. Diese Kosten können ökonomisch allerdings bei vielen Flüchtlingen (vor allem jüngeren) als **Investitionen in Humankapital** gesehen werden. Dieser Humankapitalstock soll in Zukunft dann produktiv eingesetzt werden können womit die **Hoffnung** verbunden ist, dass sich die neuen Staatsbürger irgendwann in Zukunft einmal selbst ernähren können und zur heimischen Wirtschaftsleistung aktiv beitragen werden.

Deutsche Wirtschaftsforschungsinstitute schätzen, dass die erwartenden positiven Effekte der Einwanderung bereits in fünf bis sechs Jahren – unter Berücksichtigung sämtlicher ökonomischer Kreislaufeffekte – die bis dahin anfallenden Kosten ausgleichen werden. Dies mag etwas optimistisch sein, jedoch scheint klar zu sein, dass zumindest die nun einreisenden Kinder sprachlich und bildungsmäßig für eine zukünftige Integration in den heimischen Arbeitsmarkt geeignet sein werden.

Natürlich wäre der demografischen Notwendigkeit einer Zuwanderung besser und kostengünstiger durch qualifiziertere Personen aus dem Ausland Genüge getan, allerdings spielen bei der jüngsten Flüchtlingswelle **humanitäre und nicht ökonomische Hintergründe** eine entscheidende Rolle. Die Frage die nun auch von den Ökonomen gelöst werden muss ist, wie unter den gegebenen Bedingungen eine **bestmögliche Integration** gelingen kann.

Günstig wirken sich zur Zeit die schwache Konjunkturlage bei der die erzwungenen Mehrausgaben für einen zusätzlichen Nachfrageschub sorgen und das niedrige Zinsniveau aus, das eine Verschiebung der Lasten in die Zukunft zumindest nicht zusätzlich verteuert.

Marcus Scheiblecker,  
Stellv. Leiter WIFO